

## **Unterrichtung**

**durch das Europäische Parlament**

### **Entschließung zu Importrestriktionen in Frankreich**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

- A. besorgt über die Tatsache, daß verschiedene Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in Anbetracht der angespannten Wirtschaftslage in vermehrtem Umfang zu binnenprotektionistischen Maßnahmen neigen,
- B. überzeugt davon, daß die Aufrechterhaltung des freien Warenverkehrs in der Gemeinschaft eine wesentliche Voraussetzung für die europäische Wettbewerbsfähigkeit und für die Überwindung der Krise ist,
1. hat mit Besorgnis Presseberichte zur Kenntnis genommen, wonach die französische Regierung bei ausländischen Erzeugnissen in Zukunft Ursprungskennzeichnungen verlangen wird und fordert, daß Zollabfertigungspapiere zukünftig in französischer Sprache vorlegt werden,
  2. ist beunruhigt über die Verzögerungen beim Import von Video-Recordern nach Frankreich, und Berichte, wonach bei öffentlichen Ausschreibungen französische Anbieter bevorzugt berücksichtigt werden sollen,
  3. ist sich der Tatsache bewußt, daß auch andere Mitgliedsländer der Gemeinschaft in zunehmendem Maße binnenprotektionistische Maßnahmen einführen, und fordert Kommission und Ministerrat auf, gegen alle derartigen Verstöße energisch vorzugehen,
  4. bezweifelt, daß diese Maßnahmen mit dem EWG-Vertrag vereinbar sind und fordert Kommission und Ministerrat eindringlich auf, die notwendige Maßnahme zu ergreifen, um sicherzustellen, daß die Regeln der Römischen Verträge respektiert werden,
  5. fordert die Kommission und den Ministerrat desweiteren auf, eine gemeinschaftliche Strategie für die Verbesserung der

---

*Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments — 00409755 — vom 30. November 1982.*

*Das Europäische Parlament hat die Entschließung auf seiner Tagung im November angenommen.*

Wettbewerbsfähigkeit europäischer Hersteller im Bereich der Video-Kommunikation sowie eine gemeinschaftliche Außenhandelspolitik gegenüber Drittlandimporten zu entwickeln,

6. beauftragt seinen Präsidenten, diese Resolution der Kommission, dem Ministerrat, sowie den nationalen Parlamenten und Regierungen der Mitgliedsländer zu übermitteln.